



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 120. Ratssitzung vom 11. Dezember 2024

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2024/421, Anträge 008., 009. und Postulat GR Nr. 2024/541

Gemeinsame Behandlung der Anträge 008. bis 010. (Postulat GR Nr. 2024/541)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Yves Henz (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4004/2024): Die Stadtzürcher und Schweizer Geschichte hat tiefe Verbindungen zur Kolonialisierung weiter Teile der Welt und damit zu massiver damit einhergehender Gewalt, auch wenn dies von vielen immer noch verleugnet wird. Das kann man speziell an der indigenen Gruppe der Kawésqar aufzeigen. Ihnen wurde unglaubliche Gewalt angetan und ihr Land weggenommen. Ihre Lebensweise wird ihnen dadurch bis heute verunmöglicht. Elf dieser Volksgruppe wurden in den Völkerschauen in Europa vorgeführt – eine rassistische Brutalität. Fünf von ihnen starben in Zürich. Man könnte sagen, sie wurden auf eine Art ermordet. Ihre Körper wurden erst im Jahr 2010 restituiert; auf eine Art, die die Kawésqar als respektlos empfanden. Was den Kawésqar angetan wurde, ist unbeschreiblich. Die Zürcher Bourgeoisie trägt unbestritten eine grosse Schuld. Sogar die NZZ anerkennt diese historische Ungerechtigkeit. Die Stadt hat eine historische Pflicht gegenüber den Kawésqar. Jetzt sind sie auf Zürich zugekommen und haben um eine Zusammenarbeit gebeten, die Stadt solle sie solidarisch unterstützen. Ich schliesse mit den Worten des Präsidenten der Pueblo Kawésqar Foundation: «Collaboration is key, and the city of Zurich is invited to support this relevant initiative, for these indigenous communities are deeply linked with Zurich, especially the Kawésqar. The future is here and the Kawésqar people will be back in Zurich working from 2025 to 2030 on a historical project dedicated to education and empowering the people and enrich our culture and society.» Es ist keine Wiedergutmachung und es ist kein Vergessen. Das können wir uns nicht leisten, und es steht in keinem Verhältnis zur widerfahrenen Ungerechtigkeit. Es ist ein erster Schritt zur gemeinsamen Dekolonialisierung.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Stadt hat sich geäussert, dass sie sich dieser traurigen Geschichte bewusst ist. Es gab kürzlich Gespräche zwischen dem Präsidialdepartement (PRD) und Francisco González Alvarez, dem Präsidenten der Fundación Pueblo Kawésqar, der offiziellen Vertretung dieser indigenen Gruppe. Bei diesem Austausch ging es darum, was die Vereinigung plant. Das PRD wies darauf hin, dass die Stadt aktuell die Strategie «Erinnerungskultur» erarbeitet und abwarten will, bis diese Ende 2025 vorliegt. Allfällige finanzielle Mittel wären darum erst im Jahr 2026 zu budgetieren.



Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Das ist wieder eine Geschichtslektion der Grünen. Das ist ein typischer Fall, ein Vorpreschen, bei dem man das Gefühl hat, das etwas Gutes getan wird, obwohl der Stadtrat aktuell eine Gesamtstrategie erarbeitet, was immer zu begrüßen ist. Es kann nicht angehen, dass jedes Klübchen auf der Welt, das das Gefühl hat, dass die reiche Stadt Zürich etwas bezahlen soll, zum Handkuss kommt. Zuerst sollten wir für unsere eigenen Leute schauen, bevor wir dahergelaufene Klübchen bedienen.*

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): *Wir waren noch in der Enthaltung, weil wir erst abklären wollten, was dahintersteckt. Niemand bestreitet die historischen Tatsachen. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es kein zusätzliches Engagement der Stadt braucht. Zudem müsste ein solcher Vorstoss ausserhalb des Budgets erfolgen. Wir verstehen nicht, warum das Anliegen als Antrag im Budget kommt, zumal es keine bestehenden Kosten oder Ausgaben betrifft, sondern etwas Neues.*

Leah Heuri (SP): *Die tragische Geschichte der Kawésqar und die Verstrickungen der Stadt in die Kolonialverbrechen des 19. Jahrhunderts erfordern eine klare Verantwortung und Solidarität. Mit der Annahme des Postulats wird ein starkes Zeichen für Gerechtigkeit, Erinnerungskultur und internationale Solidarität gesetzt, daher sind wir dafür. Es ist ein wichtiger Schritt, um Verantwortung für das eigene koloniale Erbe anzugehen.*

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): *Die GLP positioniert sich im Zusammenhang mit unserem historisch verankerten Umgang mit Menschen, die wir in Abgrenzung zu weisen Europäern als fremd betrachtet haben, immer so, dass zwingend mehr Wissen zur Verfügung gestellt werden soll. Eine wissensbasierte Auseinandersetzung mit unbequemen Themen hilft uns, diskriminierende Strukturen zu erkennen. Wie im vorliegenden Beispiel, wo am Ende des 19. Jahrhunderts in einer selbsternannten aufgeklärten Gesellschaft das Menschsein offenbar nicht ausreichte, um ein Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu erhalten. Wir sind überzeugt, dass uns mehr Wissen einen neuen Blick in die Vergangenheit ermöglicht. Mehr Wissen hilft uns auch, weiterhin bestehende Macht-Asymmetrien zu erkennen und sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Von Klübchen zu sprechen und zu sagen, dass man nicht dramatisch tun sollte, halte ich nicht für angemessen. Das Postulat unterstützt die GLP sehr gerne. Die Begründung, weshalb wir bei den beiden Anträgen in der Minderheit sind, ist daher keine inhaltliche. Die Antworten zeigten, dass aktuell eine Strategie in Bearbeitung ist. Wir glauben deshalb, dass eine fundierte und strategisch geplante Umsetzung von diesem berechtigten Anliegen, basierend auf dieser Erinnerungskulturstrategie, eine langfristige und nachhaltigere Wirkung als eine vorschnelle Aktion erzielen kann. So traurig das Kapitel auch ist, es scheint uns wichtig, dass es in ein Gesamtbild eingebettet wird, das unsere vielfältigen kolonialen Verstrickungen beleuchten kann. Wir teilen deshalb*



die Ansicht des Stadtrats, dass die Gelder erst nach Vorliegen der Strategie gesprochen werden sollen.

Sophie Blaser (AL): Die Kawésqar als dahergelaufene Gruppe zu bezeichnen, ist der Tiefpunkt dieser Budgetdebatte. Sie sind keinesfalls dahergelaufen, sie wurden gegen ihren Willen verschleppt, entführt und zur Schau gestellt. Sie wurden entmenschlicht und sind an diesen Folgen gestorben. Dass sich die Kawésqar überhaupt in Zürich befanden, hat nichts mit Freiwilligkeit zu tun und ist alles andere als dahergelaufen. Përparim Avdili (FDP) will ich daran erinnern, dass Sie im Schul- und Sportdepartement (SSD) sieben Anträge gestellt haben, die sich auf eine kantonale Initiative abstützen, die eine allgemeine Anregung ist und noch keine rechtliche Grundlage bietet. Das ist Ihre Vorgehensweise, während Sie hier sagen, dass das zu grundlegend sei, um in einer Budgetdebatte besprochen zu werden. Wir sprechen von 100 000 Franken – ein lächerlicher Betrag in Anbetracht der widerfahrenen Ungerechtigkeit. Die Voten zeigen, wie viel noch nötig ist, bis die und der Hinterletzte verstanden haben, was das bedeutet. Vielleicht passt es Ihnen nicht, dass Ihnen die Verantwortung und vergangene Verbrechen in Erinnerung gerufen werden. Das stört wahrscheinlich das schöne Image von Zürich. Es ist an der Zeit, das aufzuarbeiten. Ich verstehe nicht, warum wir bis zum Jahr 2026 warten sollten. Ihre Politik ist traurig. Sie verschliessen die Augen vor diesen Verbrechen.

Johann Widmer (SVP): Wir schreiben das Jahr 2024 und ihr bringt Dinge aus dem 19. Jahrhundert. Ungerechtigkeiten, ohne Zweifel. Weshalb soll ausgerechnet Zürich für Dinge, die im 19. Jahrhundert passiert sind – in einer ganz anderen Zeit, die historisch anders betrachtet und beurteilt werden muss – irgendjemandem irgendetwas geben? Es sind noch mehr Ungerechtigkeiten passiert. Wir haben einen Gotthardtunnel gebaut. Hunderte Schweizer und Italiener sind dabei umgekommen. Ihnen müsste auch etwas gegeben werden. Im 19. Jahrhundert ging ein Zürcher Missionar nach Afrika und hat dort sein Unwesen getrieben. Auch dort sind im Namen der Christianisierung Ungerechtigkeiten passiert. Auch denen müsste man etwas geben. Die Liste könnte unendlich weitergeführt werden. Ich sehe nicht ein, weshalb das nötig oder angebracht sein sollte.

Përparim Avdili (FDP): Ich habe gesagt, dass niemand seitens der FDP die geschichtliche Auseinandersetzung bestreitet. Das ist aber purer linker moralischer Populismus. Es ist ein sehr wichtiges Thema für euch, aber ihr sucht euch das Budget aus, um das in einer Nebensächlichkeitsbehandlung zu behandeln. Und es seien ja nur 100 000 Franken. Ihr glaubt tatsächlich, dass man mit Geld jedes Problem lösen kann. Die FDP sagt nicht wegen des Geldes Nein. Ihr habt seit längerem die parlamentarische Mehrheit. Man hätte frühzeitig mit einem Vorstoss kommen und diesen ernsthaft ausarbeiten können. Mit einer Schriftlichen Anfrage hätte man im Voraus verstehen können, was bereits geschieht. Das Vorgehen ist lächerlich, somit nehmt ihr die ganze Sache offenbar nicht ernst.

Stefan Urech (SVP): Nicht die Gräueltaten, ihr habt uns zum Lachen gebracht: Weisse linke an Universitäten radikalisierte «woke» Studenten, die sich ihr Gewissen mit einem



Budgetantrag freikaufen und die Geschichte schön schreiben wollen, indem sie hier ihren Antrag stellen. Süffisant wollt ihr dabei die FDP und uns mitschuldig machen, die nichts mit dieser Geschichte zu tun haben; weil wir bürgerlich und bourgeois seien.

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wir lehnen die Budgetanträge ab, weil wir der Meinung sind, dass nicht etwas ins Budget eingestellt werden soll, ohne dass es abgeklärt wurde. Wir sind nicht bereit, noch mehr und mehr Geld in das Budget zu stellen. Das schliesst nicht aus, dass wir das Postulat als solches unterstützen. Wir finden es wichtig, dass das geprüft wird. Ich will festhalten, dass es nicht sein darf, dass ein symbolischer Budgetantrag gestellt wird, damit ein Postulat schneller behandelt wird. Sonst werden wir zukünftig den ganzen Dezember lang solche Postulate behandeln müssen.*

Yves Henz (Grüne): *Dieser Vorstoss wurde zusammen mit der Pueblo Kawésqar Foundation ausgearbeitet. Es ist also kein linker weisser Vorstoss. Es ist eine Zusammenarbeit und was sie sich wünschen: Dass wir die koloniale Kontinuität gemeinsam hinterfragen. Manche Voten können im besten Fall als despektierlich bezeichnet werden. Mitschuldig sind wir als Gesamtgesellschaft. Mitschuldig macht ihr euch nicht, weil ihr bürgerlich seid, sondern weil ihr das ablehnt und gegen die Aufarbeitung seid. Ihr macht euch mitschuldig, weil ihr die historische Ungerechtigkeit nicht richtig anerkennt und weil ihr denen keine Stimme gebt, deren Stimme gestohlen wurde. Meine linken Mitstreiter*innen zeigen erneut, dass Fortschritt und Dekolonialisierung erkämpft werden müssen.*

S. 143	15 1500 3130 00 000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Präsidialdepartement Departementssekretariat Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat				181 000	Minderheit
				50 000	231 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 009.

Wortmeldungen siehe Antrag 008.

S. 143	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat				
	3132 00 000	Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
009.	Antrag Stadtrat			1 021 000	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
			50 000	1 071 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
					Enthaltung	Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
		Begründung:	Unterstützung Fundación Pueblo Kawésqar im Rahmen der Erinnerungskultur und Versöhnung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

4076. 2024/541
Postulat von Yves Henz (Grüne) und Martin Busekros (Grüne) vom 27.11.2024:
Unterstützung der Pueblo Kawésqar Foundation

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 008.



6 / 6

Yves Henz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4004/2024).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat